

Wo bleiben die Haftbefehle?

Von dem österreichischen Schriftsteller Alfred Polgar stammt der Satz:

„Die Menschen glauben viel leichter eine Lüge, die sie schon hundertmal gehört haben, als die Wahrheit, die ihnen völlig neu ist.“

Und dem US-amerikanischen Schriftsteller Mark Twain wird die Aussage zugeschrieben: **„Eine Lüge ist bereits dreimal um die Erde gelaufen, bevor sich die Wahrheit die Schuhe anzieht.“**

Gerade in Zeiten des Krieges sollte man daher mit äußerster Vorsicht betrachten, was täglich über die Medien verbreitet wird. Man sagt ja immer: „Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst.“ Doch stimmt das wirklich? Ist sie meist nicht schon lange vorher gestorben, sozusagen als Kriegsvorbereitung?

Und wenn dann während des Kriegs in der Ukraine die deutsche Außenministerin verkündet: **„Mit Waffen kann man Menschenleben retten“**, man müsse also immer weiter Waffen liefern, **damit die Ukraine den Frieden gewinnen kann“**, so wörtlich am 12. März 2023, dann sollte man doppelt wachsam sein. Wem es bei solchen Aussagen den Magen umdreht, der sollte sich glücklich schätzen – denn er kann noch selber wägen und messen.

Wir haben einmal einige Beispiele zusammengestellt – Beispiele von Aussagen, die man dringend hinterfragen sollte, wenn man nicht von der allgegenwärtigen Kriegspropaganda hinters Licht geführt werden will.

Wie die westlichen Sanktionen Getreidelieferungen in ärmere Länder blockieren

So etwa, wenn Annalena Baerbock im Juli 2023 vor den Vereinten Nationen in New York den – nicht anwesenden – russischen Präsidenten Wladimir Putin aufforderte: **„Unterlassen Sie es, Hunger als Waffe einzusetzen“**.

Denn **„der Kremlherrscher“**, so Baerbock weiter, **„zeige einmal mehr, dass er in seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht einmal auf die Schwächsten Rücksicht nehme“**. (nachdenkseiten.de)

Damit forderte Baerbock Putin auf, das Getreideabkommen Russlands mit der Ukraine doch noch einmal zu verlängern. Was dieser aber nicht tat. Über die konkreten Hintergründe wurde in westlichen Medien aber kaum berichtet. Entgegen den Behauptungen zahlreicher westlicher Politiker war es nämlich nicht Russland, das dafür sorgte, dass arme Länder des Südens seit Beginn des Krieges weniger Getreide aus der Ukraine erhalten als zuvor, und dass daher immer mehr Menschen hungern müssen. Sondern es war und ist der Westen selbst, der durch seine fast undurchdringlichen Sanktionsbestimmungen dafür sorgt, dass russisches Getreide und russische Düngemittel kaum noch in diese Länder gelangen können.

Und Russland produziert wesentlich mehr Getreide und Düngemittel als die Ukraine, gerade auch für die ärmeren und ärmsten Länder. Da nützt es auch nichts, wenn Baerbock scheinheilig darauf hinweist, Lebensmittel seien ja von den Sanktionen ausgenommen worden. Denn russische

Häfen, Banken, Versicherungen für Schiffstransporte usw. waren und sind sehr wohl in völkerrechtswidriger Weise von Westen sanktioniert – auch wenn Ministerin Baerbock das nicht wahrhaben will. Und genau die Beseitigung dieser bewusst verschwiegenen Sanktionen gegen Russland, also gegen den Marktführer der Welt bei Getreide und Düngemitteln, war von Beginn an ein wesentlicher Teil der Vereinbarung des Getreideabkommens gewesen, den der Westen aber bis heute nicht umgesetzt hat.

Wladimir Putin hat übrigens angekündigt, das Abkommen umgehend wieder in Kraft zu setzen, sobald dies umgesetzt werden würde. Denn genau diese Sanktionen sorgen in erster Linie für den Mangel an Getreide und Düngemittel in den armen und ärmsten Ländern und damit für den Hunger und die Hungertoten in diesen Ländern. Kein Wunder, dass Russland das nicht einfach hinnimmt.

Ganz anders liegt es beim ukrainischen Getreide, das nur zu etwa drei Prozent an ärmere Länder im globalen Süden geht – und zu knapp 70 Prozent, wie die Zeitung „Weltwoche“ sarkastisch bemerkt, **„an bekannte Hungernationen wie China, Spanien, die Türkei und Italien. Meist als Viehfutter“**. (19.7.2023)

Hier wurde also ein wesentlicher Teil eines Abkommens nicht umgesetzt. Wenn dieses Nicht-Einhalten von feierlich unterschriebenen Verträgen der so genannten „regelbasierten Ordnung“ entspricht, auf die sich westliche Politiker immer wieder lautstark beziehen, dann muss man sich wohl noch auf einiges gefasst machen.

„Lehrstunde in Kriegspropaganda“

In der Vereinbarung von Minsk etwa ging es im Jahr 2015 darum, die sprachlichen und kulturellen Gegensätze in der Ukraine friedlich durch eine interne Autonomieregelung zu lösen. Frankreich, Deutschland, die Ukraine und Russland hatten dem zugestimmt. Doch in Wirklichkeit dachte die seit dem Putsch 2014 eher nationalistisch regierte Ukraine von vornherein gar nicht daran, dieses Abkommen auch umzusetzen. Und auch die damalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel gab Ende 2021 selber zu, dass sie das Abkommen ebenfalls nur zum Schein unterschrieben hatte – um nämlich Zeit zu gewinnen für eine Aufrüstung der Ukraine, also zur Vorbereitung auf einen Krieg. Was aber wiederum die jetzige deutsche Außenministerin im Juli 2023 nicht daran hinderte, auf einer Diskussionsveranstaltung in Chemnitz zu behaupten, das Abkommen von Minsk sei an Russland gescheitert. Das berichteten die *Nachdenkseiten* am 19. Juli 2023 unter der viel sagenden Überschrift: **„Lehrstunde in Kriegspropaganda: Baerbock und Klitschko in Chemnitz“**.

Die Kinderspielzeug-Bezichtigung und der gefälschte „Beweis“

Auf derselben Veranstaltung in Chemnitz hatte die Außenministerin auch behauptet, und wir zitieren aus der Schweizer *Weltwoche* vom 19.7.2023, **„in Butscha hätten russische Soldaten Minen in Kinderspielzeug versteckt, [jedoch] ... ohne einen einzigen Beleg zu liefern“**.

Und weiter: **„Mit bewegter Stimme beschreibt sie das unmenschliche Vorgehen russischer Soldaten. Die seien etwa ... in Häuser hineingegangen und hätten Minen in Kinderspielzeug versteckt. Als die Kinder nach dem Abzug der Soldaten in ihre Kinderzimmer zurückgekehrt seien, um ihre Puppe in die Hand zu nehmen, seien sie zerrissen worden.“**

Und die „Weltwoche“ fragt: **„Warum solche unbelegten Aussagen misstrauisch machen sollten? Nicht etwa, weil im Krieg nicht jede Grausamkeit denkbar wäre. Sondern weil das nach klassischer Propaganda klingt. Zeige den Gegner möglichst unmenschlich – und das gelingt am besten, wenn man ihn des Kindesmords bezichtigt. So geschehen bereits im Ersten Weltkrieg gegenüber den Deutschen – oder im Irakkrieg mit der ‚Brutkastenlüge‘. Und welche Minen sind überhaupt gemeint? ‚Butterfly mines‘ sind in der Tat heimtückisch, weil sie harmlos aussehen und an Kinderspielzeug erinnern. Dass Soldaten sie gezielt in Kinderspielzeug eingebaut hätten, ist nicht belegt. Und dafür, dass die Russen solche Minen in der Ukraine einsetzen, gibt es offenbar nur eine einzige Quelle: den Facebook-Post der ukrainischen Generalstaatsanwältin Iryna Wenediktowa vom 26. Februar, in dem sie behauptet, die Russen setzten ‚Blütenblatt‘-Minen ein. Wenediktowa verwendet als Beleg ein Foto, das mindestens sechs Jahre alt ist, wie der Focus recherchiert hat. Weiß die deutsche Außenministerin, was sie tut?“**

Oder, anders gefragt: Ist sie bewusst oder unbewusst der ukrainischen Kriegspropaganda aufgesessen? Und was wäre schlimmer? Bitte entscheiden Sie selbst!

Streubomben: Abgrundtief böse oder „angemessen“ und „effektiv“, je nachdem, wer damit bombardiert

Gerade an den Streubomben können wir sehr gut die Vorgehensweise der Kriegspropaganda studieren.

Wenn sie – angeblich jedenfalls – von Russen eingesetzt werden, sind sie abgrundtief böse – was ja auch der Realität entsprechen würde.

Sobald die USA aber – wie im Juli 2023 – solche Bomben in die Ukraine liefern, verkündet – laut Deutscher Presseagentur dpa – John Kirby, der Kommunikationsdirektor des Nationalen Sicherheitsrats der US-Regierung, stolz, die gelieferte Streumunition werde bereits von der Ukraine **„im Abwehrkampf gegen die russischen Angreifer“** eingesetzt. Zitat: **„Sie setzen sie angemessen ein, sie setzen sie effektiv ein.“** (Frankfurter Rundschau, 23.7.2023)

Was will man mehr?

Will man am Ende noch mehr Leid, noch mehr Sterben? Noch mehr Zerstörung und Vergiftung, nicht nur der Böden, sondern auch der Gemüter und der Seelen?

Werden deshalb immer mehr Waffen aus den NATO-Staaten in die Ukraine geliefert – immer größere, immer schwerere, immer gefährlichere auch?

Zuletzt sogar Uranbomben und so genannte Streubomben, die laut Fachleuten in erster Linie Zivilisten treffen?

Warum Präsident Putin nicht nach Südafrika reist

Stichwort Kriegspropaganda, Stichwort Kinder: Damit sind wir mitten im Thema. Denn es gibt noch ein weiteres aktuelles Beispiel aus dem Jahr 2023, bei dem genau dieses Thema noch auf die Spitze getrieben wurde – auf die Staatsspitze nämlich.

Genauer gesagt: auf die russische Staatsspitze. Am 19. Juli 2023 teilte das Büro des südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaposa mit, dass der russische Präsident Wladimir Putin nicht wie geplant, im August am Gipfeltreffen der so genannten BRICS-Staaten in Südafrika persönlich teilnehmen wird, sondern nur per Video-Zuschaltung. BRICS steht für Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

Der Grund ist ein Haftbefehl, den der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag im März 2023 gegen den russischen Präsidenten verhängt hatte. Und zwar mit der Anschuldigung, er sei für die illegale „Deportation“ ukrainischer Kinder nach Russland verantwortlich gewesen.

Und weil Südafrika – im Gegensatz zu Russland – das so genannte „Römische Statut“ des Internationalen Strafgerichtshofs ratifiziert hat, müsste es Wladimir Putin bei der Ankunft in Südafrika verhaften. Was es aber nicht will.

Die deutsche Außenministerin fand die wegen der Unterschrift Südafrikas unter dieses Statut erhobene Forderung an Südafrika zur Verhaftung des russischen Präsidenten übrigens sehr gut, und wir zitieren: **„Das macht deutlich, dass das Völkerstrafrecht bei all seinen Lücken eben kein schwaches Schwert ist, sondern dass das Völkerstrafrecht wirkt.“**

Putins Absage zeige zudem, **„dass diejenigen, die massiven Bruch des Völkerrechts begehen, damit nicht einfach wie bisher in der Welt herumreisen können“**. (handelsblatt.com, 19.7.2023)

Der Umgang mit Kindern auf der Waage der Gerechtigkeit

Doch entspricht das der Wahrheit? Hat Wladimir Putin wirklich einen „massiven Bruch des Völkerrechts“ begangen? Und zwar wohlgerne nicht mit dem Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 – darüber könnte man ja durchaus diskutieren. Sondern mit der angeblichen Entführung von ukrainischen Kindern nach Russland? Denn nur davon steht etwas in dem Haftbefehl.

Und ein solcher Haftbefehl wurde gleichzeitig auch erlassen gegen Maria Lvova-Belova, die Kommissarin für Kinderrechte im Büro des Präsidenten der Russischen Föderation.

Denn es gebe, so die Begründung, **„hinreichende Gründe für die Annahme ..., dass jeder Verdächtige für das Kriegsverbrechen der rechtswidrigen Deportation der Bevölkerung und den rechtswidrigen Transfer der Bevölkerung aus den besetzten Gebieten der Ukraine in die Russische Föderation verantwortlich ist, wobei ukrainische Kinder benachteiligt werden“**.

Ehe wir der Frage nachgehen, ob das zutrifft oder nicht, möchten wir vorausschicken, dass für uns als Urchristen jeder Krieg ein Verbrechen ist und jede Waffengewalt ein Akt gegen die Menschlichkeit. Denn Krieg richtet sich immer gegen das Leben, gegen das Gesetz der Gottes- und

Nächstenliebe. Krieg ist immer auch gegen die Natur, die Tiere, Pflanzen und Mineralien, ist immer gegen die Schöpfung, gegen die Mutter Erde gerichtet. Auch wenn diese im Kalkül der Wertekrieger heute kaum noch eine Rolle spielt.

Und machen wir uns auch bewusst: Was ist für Kinder schrecklicher, als in einem Krieg geboren zu werden und in diesem aufzuwachsen, ihr junges Leben von ständiger Angst, von Gewalt und Brutalität, Leid, Not und Entbehrung überschattet? Wie sollen sie in ihrer Persönlichkeitsstruktur zum inneren Frieden finden, zu einem Verständnis von Frieden und Demokratie? Die Fürsorge für Kinder, deren Schutz und Wohlergehen, sollte also eine der selbstverständlichsten Pflichten eines Menschen sein, der sich Christ nennt. Jeder aber, der zu einem Krieg anstiftet, der ihn provoziert, der ihn beginnt, der ihn befeuert und zur Eskalation bringt, macht sich schuldig auch am Leid der Kinder. Und wer immer einem der Kleinsten dieses Leid verursacht, hat es, wie einst Jesus von Nazareth lehrte, auch Ihm, dem Christus Gottes, angetan. Es gibt nichts, aber auch gar nichts, was uns von diesem kosmischen Gesetz des Lebens entbindet. Dieses Gesetz, auch als das Gesetz von Ursache und Wirkung bezeichnet, gilt für jeden gleichermaßen, und es misst absolut gerecht.

Jeder Mensch ist also selbst gefragt, sich unvoreingenommen mit den Tatsachen auseinanderzusetzen und zu versuchen, die Waage der Gerechtigkeit anzusetzen, die nicht auf interessengeleiteter Meinungslüge und Propaganda beruht, nicht auf zeitbedingten regelbasierten Werten, die sich diejenigen ausgedacht haben, die am meisten davon profitieren und sich selbst am wenigsten daran halten, sondern die auf der Gerechtigkeit

der Gottes- und Nächstenliebe beruhen, auf der Lehre des Jesus von Nazareth, der uns das Gesetz des Lebens lehrte und vorlebte. Er sprach aus der Vollmacht des Geistes und trat unerschrocken für die Gerechtigkeit ein. Er trat auch als Beschützer der Kinder auf und sprach zu denen, die Kindern Schaden zufügen, es wäre besser für sie, wenn man sie mit einem Mühlstein um den Hals im Meer versenken würde, da, wo es am tiefsten ist. Denn, wie gesagt, was immer jemand diesen Kleinen antut, das tut er Ihm, dem Christus Gottes, an.

Man möchte daher allen intelligenten Menschen zurufen: Hört nicht auf die Propaganda der Befürworter von Waffen, Krieg, Tod und Zerstörung! Schaut nach, wer davon profitiert, wer von wem die Brötchen bekommt, und ihr wisst, wer wessen Interessen in den Medien breit tritt!

Deportation oder Evakuierung?

Und wer in diesem konkreten Fall nach Fakten sucht, der stellt zunächst fest, dass im Verlauf dieses Krieges durchaus immer wieder auch Kinder auf russischer Seite von einem Ort an den anderen gebracht wurden. Doch wie soll man das nennen? Hier ist schon der Sprachgebrauch verdächtig. Denn der Begriff einer „Deportation“, der im Haftbefehl und auch sonst in der westlichen Presse meist verwendet wird – die Kinder seien „deportiert“ worden – der passt hier auf keinen Fall. Denn wer jemanden „deportiert“, der will ihn loshaben, weghaben. Und das zeigt, wie wachsam man hier sein muss. Das Wort „Deportation“ ist hier eindeutig schon Propaganda,

Kriegspropaganda. Die Verantwortlichen selbst sprechen von „evakuieren“, also um Zivilisten vor dem Kriegsgeschehen in Sicherheit zu bringen.

Kriege sind immer nervenaufreibend und turbulent und voller unerwarteter Hektik. Dazu ein Beispiel:

Die russischen Truppen entschieden sich im Oktober 2022, die Stadt Cherson im Südosten der Ukraine aufzugeben, die sie bis dahin besetzt hielten, und sich auf das gegenüberliegende, also das östliche Ufer des Flusses Dnjepr zurückzuziehen. Denn sie fürchteten damals, dass die ukrainischen Verbände den flussaufwärts liegenden Kachowka-Staudamm sprengen und damit die russischen Nachschubmöglichkeiten abschneiden könnten. Und diese Befürchtung war ja nicht unbegründet, denn der Damm wurde später, im Juli 2023, tatsächlich gesprengt.

Vor diesem Rückzug der russischen Truppen aus Cherson wurde nun den Einwohnern angeboten, sie nach Russland zu evakuieren, ehe die Ukrainer die Stadt wieder übernehmen würden. Und davon machten sehr viele der überwiegend russischsprachigen Bewohner Gebrauch.

Wer unter russischer Besatzung normal weiterarbeitete, dem droht Hinrichtung durch ukrainischen Geheimdienst

Denn der Gebrauch der russischen Sprache im öffentlichen Leben ist in der Ukraine inzwischen verboten. Und aus anderen Städten wusste man, dass ukrainisch-nationalistische Milizen in Städten, die vorübergehend russisch besetzt waren, bei ihrem Vorrücken umgehend Jagd auf so genannte „Kollaborateure“ machten, sie misshandelten oder gar töteten.

Die britische Zeitung „Daily Mail“ berichtete über diese Vorgänge am 5. Oktober 2022. **„Es ist eine Jagd auf Kollaborateure ausgerufen worden, und ihr Leben ist nicht durch das Gesetz geschützt‘, sagte Anton Geraschtschenko, ein Berater des Innenministeriums [der Ukraine]. ‚Unsere Geheimdienste eliminieren sie und erschießen sie wie Schweine.‘“**

Und als Kollaborateure galten und gelten auch z.B. Beamte oder Lehrer oder Kindergärtnerinnen, die unter russischer Besatzung einfach normal ihrem Beruf weiter nachgegangen sind. Doch was tut man mit den Kindern in einem Kindergarten oder Kinderheim oder Waisenhaus, wenn die Betreuer sich schon in Sicherheit gebracht haben? Und das ist jetzt nur einer der möglichen Fälle, in denen Kinder kurzerhand evakuiert werden mussten.

Ist es besser, Kinder Kriegsangriffen auszusetzen?

Liebe Leserinnen, liebe Leser, noch einmal zur Klarstellung:

Es geht uns in dieser Analyse nicht darum, irgendjemanden zu verteidigen, wenn er Verbrechen tatsächlich begangen hat. Im Dauerregen der Kriegs-Propaganda ist es nahezu unmöglich, sich ein objektives Bild zu verschaffen. Doch eine grundsätzliche Frage sei erlaubt: Wenn jemand Waisenkinder aus einem Kriegsgebiet in Sicherheit bringt, begeht der dann damit schon ein Kriegsverbrechen? Ist es besser, sie dem Bombenhagel auszusetzen, so wie in Bagdad, in Belgrad, in Libyen in Afghanistan, im Jemen und, und, und? Und wo kommen denn die Heimkinder, die Waisen

her in einem Kriegsgebiet, in dem seit acht Jahren ein Krieg der Regierung in Kiew gegen die eigene Bevölkerung tobt? Wer hat sie zu Waisen gemacht?

Die letzten drei Jahre vor dem Kriegseintritt Russlands bombardierte der Präsident der Ukraine, Selenskyj, die Ostukraine mit ihrer vorwiegend russisch-stämmiger Bevölkerung. Er führte damit nur fort, was seit 2014 im Gange ist: Die russisch-stämmigen Menschen im Donbass werden ihrer Grundrechte beraubt, ihre Sprache wird verboten, die Renten werden nicht ausbezahlt. Und wenn diese Menschen, vor allem die Kinder, nun vor dem Kriegsterror in Sicherheit gebracht werden, dann wird derjenige, der für ihren Schutz sorgt, als der große Verbrecher gebrandmarkt, und derjenige, der die eigene Bevölkerung bombardiert und damit die Kinder zum Teil überhaupt erst zu Waisen gemacht hat, auf allen Leinwänden der westlichen Welt als blütenreiner Überheld gefeiert.

Damit es immer mehr Waisenkinder gibt ...

Damit das auch so bleibt, lobte der ukrainische Generalstaatsanwalt Andrij Kostin die Entscheidung des Strafgerichtshofes als Signal:

„Die Führer der Welt werden jetzt dreimal überlegen, bevor sie ihm [Putin] die Hand geben oder sich mit ihm an den Verhandlungstisch setzen.“ (zdf.de, 18.3.2023)

Das bedeutet: Ziel erreicht! Der Krieg geht weiter. Friedensverhandlungen adé. Weiter geht's im Kampf, **„um den Erzfeind zu besiegen“**, wie der ukrainische Botschafter in Großbritannien freimütig bekannte. Weiter geht's

mit dem Bombenhagel. Und wer wird für die dadurch täglich neu hinzukommenden Waisenkinder sorgen?

Wo waren die Kinderschützer in den acht Jahren zuvor, in denen Kiew die eigene Bevölkerung im Donbass bombardierte mit 14.000 Toten, darunter auch viele Kinder? Wo waren sie während der drei Jahre, seit denen der neue Heilsbringer Wolodymyr Selenskyj am Drücker der Kriegsmaschinerie gegen das eigene Volk sitzt? Anklage? Haftbefehl? Nichts. Im Gegenteil: Hochrüstung zum weiteren Blutvergießen, legitimiert durch das gezüchtete Feindbild: „Erzfeind“.

Wer Waisenkinder vor Kriegshandlungen in Sicherheit bringt, begeht der an und für sich schon ein Kriegsverbrechen?

Einige Streiflichter auf die Gegebenheiten zeigen, dass es sich lohnt, etwas genauer hinzusehen, weil sie ein gänzlich anderes Bild der Situation vermitteln, als es die Propaganda „Haftbefehl wegen Verschleppung von Kindern“ suggeriert. Was wird den Angeklagten in der medialen Vorverurteilung zur Last gelegt? Es gehört sich in Ländern, die auf Demokratie und Freiheit gründen, auch die Angeklagten zu Wort kommen zu lassen. Maria Lvova-Belova, die zusammen mit Präsident Putin angeklagte Kinderrechtsbeauftragte, **„sagte der Agentur RIA Nowosti, angeklagt sei Russland dafür, dass es in Kriegsgebieten zurückgebliebene Kinder an sichere Orte bringe und sich darum kümmere, dass sie in ‚liebevoller Betreuung‘ kämen“**, so nachlesbar in der Zeitung „Junge Welt“ am 20.3.2023.

Dass das nicht ganz abwegig ist, belegt die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 17.3.2023. Dort wird berichtet:

„Wenige Tage vor dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 begannen die Behörden im Donbass, ganze Waisenhäuser und Kinderheime nach Russland und auf die annektierte Halbinsel Krim zu verlegen. Später kamen Kinder aus den von russischen Truppen besetzten Gebieten im Osten und Südosten der Ukraine dazu. Es ist unmöglich, genauere Angaben über die Zahl der nach Russland verbrachten Kinder zu bekommen. Ukrainische Stellen sprechen von mindestens 16 000 dokumentierten Fällen. Es dürften aber viel mehr sein. Russland will über 150 000 Kinder aufgenommen haben. Dabei handelte es sich nach vielfältigen Berichten und Recherchen nicht nur um Kinder, die als ganze oder soziale Waisen gelten. Nach Russland gebracht wurden auch Kinder, die durch den Kriegsverlauf von ihren Eltern getrennt wurden, sowie Kinder, die mit mehr oder weniger freiwilliger Zustimmung ihrer Eltern aus umkämpften Gebieten in russische Erholungsheime verlegt wurden.“

Offenbar schockiert so etwas die westlichen Kriegstreiber, denn das ist im Westen nicht üblich, Kinder vor den Kriegshandlungen in Sicherheit zu bringen. Dazu muss man wissen: Tage vor dem 24. Februar 2022, als Russland in den Krieg eintrat, erhöhte Kiew, also die Ukraine, den Beschuss der eigenen Bevölkerung im Osten des Landes in unerhörtem Maße, wie es die OSZE, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, dokumentierte.

Noch einmal die Frage: Wer aus einem Kriegsgebiet Waisenkinder in Sicherheit bringt, begeht der an und für sich schon ein Kriegsverbrechen?

In einem Gespräch mit Präsident Putin am 16. Februar 2023 sagte die russische Kinderrechtsbeauftragte laut Protokoll auf der offiziellen Internetseite: **“Natürlich verstehen wir, dass, wenn es Blutsverwandte gibt, wenn wir in dieser Angelegenheit helfen können, dann tun wir das auf jeden Fall, und es spielt keine Rolle, wo sie sind, in der Ukraine oder in anderen Ländern, es ist wichtig, dass es eine Blutsverwandtschaft gibt. Wenn wir feststellen, dass sie aus irgendeinem Grund getrennt wurden, werden wir auf jeden Fall bei der Wiedervereinigung helfen.“**

Und die Antwort von Wladimir Putin: **„Absolut richtig.“**

Und dass dies tatsächlich auch geschieht, beweisen sogar Berichte in deutschen Mainstream-Medien, in denen Bilder gezeigt werden von Kindern und Jugendlichen, die gerade in Begleitung von Angehörigen von Russland in die Ukraine zurückgekommen sind.

Und die Folge: Anklage! Haftbefehl!

„Die Doppelmoral des Internationalen Strafgerichtshofs“

Oder, wie sogar die Wochenzeitung „DIE ZEIT“ am 22. März 2023 lapidar festgestellt hat: **„Der Haftbefehl gegen Wladimir Putin offenbart die Doppelmoral des Internationalen Strafgerichtshofs – und schadet damit dessen Idee.“**

Doppelmoral ist immer Unmoral. In einem 55-seitigen Bericht vom März 2023 der „Human Rights Watch“, der in New York ansässigen Kinderrechtsorganisation, finden wir ein weiteres Beispiel für Doppelmoral. Dort heißt es unter anderem: **„Die Ukraine hat sich bemüht, mit 23 europäischen Regierungen formelle Vereinbarungen über die Aufnahme von Kindern aus ukrainischen Einrichtungen auszuhandeln, konnte aber nur mit Polen und Litauen Vereinbarungen erzielen.“**

Ist das nicht der Gipfel der Scheinheiligkeit? Wenn die ukrainische Regierung Kinder evakuiert, ist das also wunderbar. Auch als die USA 1975 am Ende des Vietnamkriegs noch schnell mehr als 2000 Kinder aus Südvietnam ausflogen, fanden das alle toll. Doch wenn eine russische Regierung so etwas tut, ist es ein Kriegsverbrechen. So einfach ist das. Wer sich einen klaren Verstand und ein waches Mitgefühl bewahrt hat, der durchschaut auch Scheinheiligkeit, Unwahrheit und Doppelmoral, mögen sie sich noch so großspurig in Szene setzen.

Wie aber kommt es, dass ein internationales und – wie man jedenfalls meinen müsste – objektives Gremium wie der Internationale Strafgerichtshof einen Haftbefehl erlässt mit einer „Begründung“, in der es von Ungereimtheiten und doppelten Standards nur so wimmelt? Wie ist das möglich?

Nun, dieser Haftbefehl hatte einen Vorläufer. Wenige Wochen vor dem Haftbefehl wurde in den USA eine Studie veröffentlicht mit dem Titel: **„Russlands systematisches Programm zur Umerziehung und Adoption von ukrainischen Kindern“**, herausgegeben vom „Yale Humanitarian Research Lab“. Der Name Yale – wie die berühmte Universität – suggeriert zwar Seriosität.

Das Lab, das Laboratorium, hat aber mit der Universität kaum etwas zu tun. Die Illustrierte „Stern“ gab immerhin in einem Nebensatz zu, dass es sich um eine, Zitat: **„vom US-Außenministerium finanzierte Studie“** handelte. Und diese „Studie“ entstand nach eigenen Angaben auch nicht durch Erkundungen vor Ort, sondern durch **„Informationen, die in öffentlichen Quellen verfügbar sind“**, also beispielsweise auf Facebook oder Twitter. Doch welche Aussagekraft kann das haben?

Wo bleiben die Haftbefehle für westliche Staatschefs?

Aber nicht nur diese vermutlich eigens als Auslöser fabrizierte Studie war stark von einer der Konfliktparteien in diesem Krieg beeinflusst – denn die USA führen in der Ukraine bekanntlich einen Stellvertreterkrieg gegen Russland. Auch der Strafgerichtshof selber besteht so gut wie ausschließlich aus Richtern, die aus Ländern kommen, die geopolitisch westlich orientiert sind. Er wird also von NATO-Staaten dominiert. Wobei weder die USA noch Russland noch die Ukraine das Statut des Gerichtshofs unterzeichnet haben.

Der Haftbefehl gegen Präsident Putin ist also genau genommen wertlos. Doch er ist öffentlichkeitswirksam, und das ist für die Drahtzieher entscheidend. Westliche Staatsbevollmächtigte hatten von diesem Gerichtshof noch nie etwas zu befürchten. Das sieht man schon an seiner Geschichte: Der Internationale Strafgerichtshof existiert seit 2002. Wenn er schon damals umfassend und unvoreingenommen hätte tätig werden wollen, dann hätte dieser Gerichtshof bereits ein Jahr später, 2003, gegen

die 43 westlichen Staatschefs Haftbefehle ausstellen müssen, die allesamt völkerrechtswidrig den Irak angegriffen und zerstört hatten – von den weiteren illegalen Kriegen der USA ganz zu schweigen.

Da gab es aber keine Anklage, keine Haftbefehle – nichts! Nur das Schweigen im Walde.

Hunderttausende Tote:

Doch keine Anklage. Kein Haftbefehl. Nichts.

Der Nobelpreisträger für Literatur Harold Pinter zählte in seiner Rede zur Preisverleihung am 7. Dezember 2005 mehrere Fakten zu diesem Thema auf: **„Nach dem Ende des 2. Weltkriegs unterstützten die Vereinigten Staaten jede rechtsgerichtete Militärdiktatur auf der Welt, und in vielen Fällen brachten sie sie erst hervor. Ich verweise auf Indonesien, Griechenland, Uruguay, Brasilien, Paraguay, Haiti, die Türkei, die Philippinen, Guatemala, El Salvador und natürlich Chile. Die Schrecken, die Amerika Chile 1973 zufügte, können nie gesühnt und nie verziehen werden. In diesen Ländern hat es Hunderttausende von Toten gegeben. Hat es sie wirklich gegeben? Und sind sie wirklich alle der US-Außenpolitik zuzuschreiben? Die Antwort lautet ja, es hat sie gegeben, und sie sind der amerikanischen Außenpolitik zuzuschreiben. Aber davon weiß man natürlich nichts.“**

So Harold Pinter. Und wir fügen hinzu: Keine Anklage, kein Haftbefehl. Nichts.

„Freiheit und Demokratie“ und willkürlicher Mord,
Elend, Erniedrigung und Tod?

Harold Pinter sprach bei seiner Rede anlässlich seiner Ehrung mit dem Literaturnobelpreis im Jahr 2005 weiter:

„Die Invasion des Irak war ein Banditenakt, ein Akt von unverhohlenem Staatsterrorismus, der die absolute Verachtung des Prinzips von internationalem Recht demonstrierte. Die Invasion war ein willkürlicher Militäreinsatz, ausgelöst durch einen ganzen Berg von Lügen und die üble Manipulation der Medien und somit der Öffentlichkeit; ein Akt zur Konsolidierung der militärischen und ökonomischen Kontrolle Amerikas im mittleren Osten unter der Maske der Befreiung, letztes Mittel, nachdem alle anderen Rechtfertigungen sich nicht hatten rechtfertigen lassen. Eine beeindruckende Demonstration einer Militärmacht, die für den Tod und die Verstümmelung abertausender Unschuldiger verantwortlich ist. Wir haben dem irakischen Volk Folter, Splitterbomben, abgereichertes Uran, zahllose, willkürliche Mordtaten, Elend, Erniedrigung und Tod gebracht und nennen es, ‚dem mittleren Osten Freiheit und Demokratie bringen“.

So Harold Pinter, und wir fügen hinzu: Keine Anklage, kein Haftbefehl. Nichts. Und auch heute heißt es wieder: Waffen für Freiheit und Demokratie. Es ist derselbe „Teufel“ in wechselndem Gewand.

Für wen 500.000 getötete Kinder den „Preis“ wert waren –
Wer hat das Mordgeld eingestrichen?

Auf Initiative der USA verhängte die UNO in den neunziger Jahren gegen den Irak Sanktionen. Dadurch starben zwischen 1991 und Ende 1995 nicht weniger als 576 000 irakische Kinder aufgrund der harten Wirtschaftssanktionen, wie ein UN-Bericht feststellte. Madeleine Albright, die in dieser Zeit den Posten der UN-Botschafterin ihres Landes innehatte, setzte sich vehement für die Durchsetzung der Sanktionen in aller Härte ein. 1996 wurde sie in einem CBS-Interview gefragt, ob der Tod von 500.000 irakischen Kindern durch die von den USA verhängten Sanktionen es wert gewesen sei. Ihre Antwort war unmissverständlich: **“Ich denke, das ist eine sehr schwere Entscheidung, aber den Preis ist es wert.“**

Das muss man sich vorstellen: Dass über 500.000 irakische Kinder durch Verhungernlassen und das Vorenthalten von medizinischer Versorgung ermordet wurden, war also den Preis wert. Und wer hat den Gewinn eingestrichen, das Mordgeld für 500.000 ermordete Kinder, die den Preis wert waren? Keine Anklage, kein Haftbefehl. Nichts.

Auf welcher Hybris das Selbstverständnis dieser menschenverachtenden Einstellung gewachsen ist, gab Albright in einem Interview mit dem US-Fernsehsender NBC im Jahr 1998 bekannt:

„Aber wenn wir Gewalt anwenden müssen, dann deshalb, weil wir Amerika sind; wir sind die unverzichtbare Nation.“ (nd.de, 24.3.2022)

Doch wie gerne, wie unsagbar gerne hätten die Millionen Opfer der imperialistischen Gewaltexzesse, all die Ermordeten, die Vergifteten, die Verstrahlten, die Verkrüppelten, die Missgebildeten, die Verhungerten, die in Not und Elend Überlebenden auf diese Nation verzichtet?

Doch die deutsche Außenministerin Baerbock würdigte Albright nach deren Tod im März 2022 mit den Worten:

„Mit Haltung, Klarheit und Mut stand Madeleine Albright als erste US-Außenministerin ein für Freiheit und die Stärke von Demokratien. Mit ihr verlieren wir eine streitbare Kämpferin, wahre Transatlantikerin und Vorreiterin. Auch ich stehe heute auf ihren Schultern.“
(jungewelt.de, 25.3.2022)

Wie viele tote Kinder sind heute „den Preis wert“?

500.000 tote Kinder also für Freiheit und die Stärke von Demokratien. Vorsicht! Vorsicht! Angeblich für Freiheit und die Stärke von Demokratien kämpft auch Annalena Baerbock heute wieder. Zu welchem Preis? Wie viele tote Kinder sind heute „den Preis wert“ für die Transatlantikerin Baerbock, die auf den Schultern einer Frau steht, die für 100.000-fachen Kindermord die Mitverantwortung trägt? Boshafte Intelligenz ist gefährlich, abscheulich, doch wie gefährlich ist fahrlässige Ignoranz?

Bleiben wir noch beim Beispiel Irak. Schon im Jahr 2006 berechnete die renommierte Medizin-Fachzeitschrift „The Lancet“, dass der Einsatz von Hunderten von Tonnen Uranmunition, mit denen die US-Amerikaner und Briten den Irak zerbombten, 650.000 zusätzliche Todesopfer verursachte.

Insbesondere Kinder sind von Missbildungen betroffen. Babys mit vier Händen und zwei Köpfen sind keine Seltenheit. Sie sterben meist nach wenigen qualvollen Monaten. Gehirntumore, Knochenkrebs und Leukämie liegen weiter über der Norm. Wo waren und sind hier die Beschützer der Kinder, die heute Haftbefehle für die Evakuierung wegen angeblicher Verschleppung von Kindern ausstellen? Wo ist da jemand aus Den Haag? Keine Anklage, kein Haftbefehl. Nichts.

Die grausamen medizinischen Befunde der irakischen Kinder hindern die britische und die US-amerikanische Regierung nicht daran, auch heute wieder panzerbrechende Munition mit abgereichertem Uran zu liefern, dieses Mal in die Ukraine. Sind hier wieder die Kinderschützer am Werk? Pfui, Teufel!

Vielleicht versteht man jetzt die Worte des Friedensnobelpreisträgers Nelson Mandela im Jahr 1990 aus Südafrika: **„Wenn es ein Land gibt, das in der Welt unaussprechliche Gräueltaten begangen hat, dann sind es die Vereinigten Staaten von Amerika. Sie kümmern sich nicht um menschliche Wesen.“** (Guardian, zit. nach telepolis.de, 14.9.2021)

Die Barbaren von gestern sind wieder
die Barbaren von heute

Wie gesagt, der Irak ist nur ein Beispiel. So könnte es stundenlang weitergehen. Denn wie war es nach den Atombombenabwürfen in Japan? Wie war es in Vietnam? Wie war es in Serbien? Wie war es in Libyen? In Syrien? In Afghanistan? In unzähligen anderen Ländern?

So könnte man sagen: Die Barbaren von gestern sind wieder die Barbaren von heute. Diejenigen, die ein Zsigfaches der Verbrechen begangen haben, die jetzt Wladimir Putin vorgeworfen werden, laufen noch immer frei herum und schüren weiter den Krieg. Wenn die deutsche Außenministerin also triumphierend behauptet, nach dem Haftbefehl gegen Putin könnten Politiker, **„die massiven Bruch des Völkerrechts begehen, damit nicht einfach wie bisher in der Welt herumreisen“**, dann irrt sie gewaltig. Denn genau solche Politiker reisen seit Jahrzehnten unbehelligt durch die Gegend. Und mit Geschichten aus dem uralten Lügengestrüpp verhindern sie heute wieder Friedensverhandlungen. Weil sie unbedingt weiter Krieg führen wollen.

Und sie freuen sich, wenn der russische Staatspräsident nicht nach Südafrika reisen kann. Doch werden sie auf Dauer verhindern können, dass Staaten wie die BRICS – und es werden immer mehr – genug davon haben, dass alle nach einer Pfeife tanzen müssen, die überall auf der Welt den Takt zu Gewalt und Krieg vorgibt?

Worte des Jesus von Nazareth

Auch wenn die Ohren derer, die solches anstreben, taub sind und ihre Herzen verstockt, die Worte des Jesus von Nazareth haben auch für sie Gültigkeit:

„Was immer ihr einem der am geringsten Geachteten antut, das habt ihr Mir getan. Und was immer ihr einem der am geringsten Geachteten nicht tut, das habt ihr auch Mir nicht getan.“

Und: **„Wer immer diesen Kleinen ein Leid zufügt, für den wäre es besser, er würde mit einem Mühlstein im Meer versenkt, da wo es am tiefsten ist.“**

Deshalb möchten wir noch einmal unmissverständlich betonen: Wir sind für den Frieden. Wir sind für den Friedefürsten Jesus von Nazareth. Dazu gehört die Gerechtigkeit. Jeder, der sich eines Verbrechens schuldig macht, wird dafür einst zur Rechenschaft gezogen werden. Wir bauen auf die kosmische Gerechtigkeit, in der jede Tat, jedes Verbrechen minutiös und unbestechlich absolut gerecht verzeichnet ist. Für jeden gelten die Worte des Jesus von Nazareth: **„Schließe ohne Zögern Frieden mit deinem Nächsten, solange du noch mit ihm auf dem Weg bist. Sonst wird er dich vor den Richter bringen und ins Gefängnis werfen und du wirst daraus nicht herauskommen, bis der letzte Pfennig bezahlt ist.“**

Das gilt für jeden, ausnahmslos. Darauf ist Verlass. Denn es ist das unbestechliche Gesetz von Saat und Ernte, von Ursache und Wirkung und ein Aspekt der Gottes- und Nächstenliebe aus dem Gesetz der Unendlichkeit. Darum ist jedes Opfer, das der Frieden und die Versöhnung abverlangen, besser als jedes Opfer, das der Krieg abverlangt. Der Friede bringt das Beste im Menschen hervor, der Krieg das Übelste. Krieg ist gemessen an der Lehre des Jesus von Nazareth immer ein Verbrechen. Und jedes Verbrechen muss auf den Feldern der Unendlichkeit wieder gesühnt werden. Das gilt für jedermann, ausnahmslos.

Copyright:

Der Modus – Der Verlag, Eine Stimme der Gerechtigkeit in dieser Welt,
Postfach 1127, 97888 Kreuzwertheim, August 2023